

Deutscher Bundestag

Stenografischer Bericht

95. Sitzung

Berlin, Freitag, den 5. März 2004

Tagesordnungspunkt 17:

Erste Beratung des von den Fraktionen der SPD und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN eingebrachten Entwurfs eines **Gesetzes zur Intensivierung der Bekämpfung der Schwarzarbeit und damit zusammenhängender Steuerhinterziehung** (Drucksache 15/2573)

8483 A

Petra Pau (fraktionslos):

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Im August vergangenen Jahres veröffentlichte die „Berliner Zeitung“ eine Umfrage. Nach dieser sind 68 Prozent der Bevölkerung der Meinung, Schwarzarbeit sei ein Kavaliersdelikt. Kein Kavaliersdelikt hingegen sei der Diebstahl einer Zeitung, zumindest meinten das ebenso viele in der Umfrage. Nun werbe ich hier nicht für den Zeitungsklau,

(Reinhard Schultz [Everswinkel] [SPD]: Gut, dass Sie das klarstellen! – Wilhelm Schmidt [Salzgitter] [SPD]: Schon gar nicht der „Berliner Zeitung“!)

ich verweise nur auf eine offenbar sehr weit verbreitete Sicht. Ich füge hinzu: Die PDS im Bundestag hält Schwarzarbeit weder für nebensächlich noch für revolutionär.

(Beifall der Abg. Dr. Gesine Löttsch [fraktionslos])

Gleichwohl wurde ich Anfang des Jahres hellhörig, als das Thema Schwarzarbeit Schlagzeilen machte. Da war von der Blumen gießenden Nachbarin die Rede, die sich strafbar mache, und von anderen Lappalien. Mehr noch: Dadurch wurden Nachbarschaftsgeist und gegenseitige Hilfe kriminalisiert. Für eine SPD, die einst Werte wie Solidarität hochhielt, war das mehr als peinlich.

(Beifall des Abg. Carl-Ludwig Thiele [FDP] – Gegenruf des Abg. Wilhelm Schmidt [Salzgitter] [SPD]: Eine sehr enge Kampfgemeinschaft zwischen FDP und PDS! Das war auch gestern Abend schon mal so mit der Frau Löttsch!)

Das Phänomen Schwarzarbeit ist groß, es wuchert seit den 70er-Jahren. Ihr finanzielles Volumen wird inzwischen auf fast 350 Milliarden Euro geschätzt. Das ist vor allem deshalb so gravierend, weil dadurch Steuereinnahmen für den Sozialstaat und Beiträge für die Sozialsysteme verloren gehen. Auf der anderen Seite werden dadurch Tariflöhne unterlaufen und wird legale Arbeit entwertet. Das ist der Punkt, warum die Bekämpfung von Schwarzarbeit auch ein linkes Thema ist.

Hier darf nicht gelten: Die Kleinen fängt man und die Großen lässt man laufen.

(Beifall der Abg. Dr. Gesine Löttsch [fraktionslos])

Das ist ein Prinzip, das Unrecht nährt und dennoch zum erlebbaren Alltag in der Bundesrepublik gehört.

Der vorliegende Gesetzentwurf öffnet genau hierfür Tür und Tor.

Nehmen wir das Baugewerbe. Jeder weiß: Hauptnutznießer der Schwarzarbeit sind nicht die Arbeiter, sondern die **Generalunternehmen**. Die einen versuchen – oft unter unsäglichen Bedingungen –, ihr Schnäppchen zu machen und werden zum Schluss vielleicht sogar noch um ihren Arbeitslohn betrogen, die anderen machen den Reibach, ohne dafür ernsthaft belangt zu werden. Das heißt, die einen werden gejagt, die anderen weiterhin geschont. Das schafft Unrecht im Unrecht und muss geändert werden.

Nun ist Schwarzarbeit ein weites Feld. Sie grassiert im Baugewerbe. Dazu gehören Milliardenumsätze der organisierten Kriminalität, aber sie betrifft auch andere, niedere Tätigkeiten, die zum Beispiel von illegalisierten Ausländern angeboten werden. Schon deshalb gibt es keinen Königsweg, um der Schwarzarbeit beizukommen.

In der Berliner Senatsverwaltung für Wirtschaft, Arbeit und Frauen – ein PDS-Ressort – werden daher drei Strategien gleichzeitig verfolgt: erstens Repression gegen alle organisierten Formen der Schwarzarbeit; zweitens Prävention, um künftige Schwarzarbeit zu vermeiden; drittens Transformation, um illegale Arbeit in legale zu überführen.

(Reinhard Schultz [Everswinkel] [SPD]: So wie wir das auch machen!)

Gerade die **Transformation** verlangt mehr als Ahndung und Bestrafung.

(Beifall der Abg. Dr. Gesine Löttsch [fraktionslos])

Sie braucht Brücken statt Wälle. Das betrifft zum Beispiel viele Menschen, die unter uns leben, aber keine Aufenthalts- und Arbeitserlaubnis haben. Sie werden regelrecht in die Illegalität und auf den Schwarzmarkt getrieben.

Dieses Problem wird mit der EU-Erweiterung wachsen, und zwar nicht, weil neue Osteuropäer ins Land strömen, sondern weil ohnehin hier lebende Polen und Tschechen legalisiert werden, ohne zugleich ein Recht auf Arbeit zu haben. Das heißt, sie werden EU-Bürger dritter Klasse. Das ist ein Unding.

Sie merken, ich spreche auch über das ungelöste Zuwanderungsrecht bzw. über ungelöste Probleme der EU-Erweiterung. Dabei will ich mit meinem Beispiel noch eines unterstreichen: Das Thema Schwarzarbeit ist kein Sonderfall für die Polizei oder den Zoll. Es ist ein gesellschaftliches Problem und kann auch nur so behandelt werden.

Das betrifft übrigens auch die **Vergabep Praxis** und die Förderpolitik. Solange der Staat – öffentliche Auftraggeber gehören dazu – Schwarzarbeit duldet, ist er Mittäter oder Hehler. Das ist übrigens auch ein Grund für die Verteidigung eines Tarifrechts, bei dem die Regel die Regel und die Ausnahme auch die Ausnahme bleibt.

Damit komme ich zu meinem vorerst letzten Gedanken: Wir sprechen über ein – im Doppelsinn – grenzenloses Phänomen, nicht über ein typisch deutsches. Also bedarf es internationaler Standards. Wir haben eine EU mit einem umstrittenen Stabilitätspakt. Wir haben aber noch immer keine EU mit einem **Sozialpakt**. Die PDS fordert ihn seit langem ein. Ich denke, die Beratungen über diesen Gesetzentwurf wären eine gute Gelegenheit, auch darüber nachzudenken, wie wir EU-weite Regelungen finden.

Danke schön.

(Beifall der Abg. Dr. Gesine Löttsch [fraktionslos] – Reinhard Schultz [Everswinkel] [SPD]:
Das war eine gute Rede!)